

... und nachhaltig sind sie doch

Die Rentenreformvorschlage der Rürup-Kommission verteilen die Lasten ausgewogen zwischen den Generationen

Kaum hat die Rürup-Kommission ihren Abschlubeurteilt, werden des- wegen die Vorschläge zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) zerrufft. Mancher warnt gar - vollkommen zu Unrecht - vor dem Ende der sozialen Gerechtigkeit. Ziel war es, Empfehlungen für eine nachhaltige Finanzierung der umlagefinanzierten Rentenversicherung vor dem Hintergrund des demographischen Altersungsprozesses abzugeben. Und nichts anderes ist geschehen. In ihrem Endbericht schlägt die Kommission mehrheitlich im wesentlichen zwei Maßnahmen vor, welche die gesetzliche Rentenversicherung nachhaltig finanzierbar und langfristig demographiesicher gestalten sollen: die Anhebung der gesetzlichen Regelaltersgrenzen um zwei Jahre von 65 auf 67 Jahre und die Einführung eines „Nachhaltigkeitsfaktors“ in die Rentenformel.

Die Anhebung der Altersgrenzen war schon vor der Veröffentlichung des Endberichts auf breiter Front kritisiert worden. So erheben sich in den Lagern der üblichen Verdächtigen die Stimmen gegen eine damit verbundene Verlängerung der Lebensarbeitszeit, wobei die sonst angeblich so reformbereiten gesellschaftspolitischen Handlungsträger ihre Furcht, die eigene Klientel aufzuschrecken, hinter der Behauptung verstecken, die Idee sei ohnein wirkungslos. Von seiten der SPD hat etwa Fraktionschef Franz Muntfering verlauten lassen, eine derartige Maßnahme bringe „auf absehbare Zeit nichts oder nur wenig“. Aber auch die Entscheidungsträger anders gefärbter Parteien halten es für eher geboten, das effektive und nicht das gesetzliche Renteneintrittsalter zu erhöhen.

Und just in dieser Debatte verbirgt sich ein eklatanter Irrtum bezüglich der Wirkungsweise auf die Nachhaltigkeit dieser beiden Wege. Denn unabhängig davon, ob die Erhöhung der gesetzlichen Altersgrenzen auch zu einer effektiven Verlängerung der Lebensarbeitszeit führt, müssen künftige Rentner, die (sofern überhaupt möglich) bei ihrer ursprünglichen Ruhestandentscheidung bleiben, nach geltendem Recht Abschläge in Höhe von bis zu zweimal 3,6 Prozent hinnehmen. Allein dadurch kommt es zu einer anhaltenden finanziellen Entlastung. Gleichzeitig wird durch die Verschiebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters die Rentenbezugsdauer um zwei Jahre verkurt, was angesichts der steigenden Lebenserwartung zwingend geboten ist.

Berechnungen anhand der Methodik der Generationenbilanzierung offenbaren das tatsächliche Entlastungspotential dieser Maßnahme: Die sogenannte Nachhaltigkeitslucke, welche die Differenz zwischen allen künftigen Transfers vom Staat an die Bevölkerung und allen künftigen Steuer- und Beitragszahlungen der Bevölkerung an den Staat widerspiegelt, sinkt nämlich im Vergleich zum Status quo um gut 53 Prozentpunkte auf 218,2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) - was dann immer noch einer tatsächlichen Staatsschuld von etwa 4,4 Billionen Euro entspricht. Eine alleinige Anhebung des effektiven Renteneintrittsalters schafft genau dies nicht, da Verschiebungen bei Annäherungen (vollkommen) abzugsfrei in Rente gehen würden und damit bestenfalls eine kurzfristige Entlastung der Rentenkassen erreichbar wäre, nämlich

exakt für die Ubergangsjahre, die tatsächlich länger gearbeitet wird. Dieser potentiell entlastende Effekt wird aber mittelfristig durch die erhohnten Rentenan sprüche bei „Mehrarbeit“ konterkariert.

Das zweite Element der Reformvorschläge ist der Nachhaltigkeitsfaktor. Dieser berücksichtigt sowohl die demographische Entwicklung als auch die Situation auf dem Arbeitsmarkt, indem er die Veränderung des sogenannten Rentnerquotienten - also des Verhältnisses von tatsächlichen Rentnempfangern zu Beitragspflichtigen Erwerbstätigen - in die Rentenformel aufnimmt. Auch hier gibt es ebensoviel Kritik wie Verwirrung. Eine (weitere) Kürzung des Rentniveaus sei nicht tragbar, Rentner dürfte nicht noch weiter belastet werden, so die vor allem aus Gewerkschaftskreisen geäußerte Auffassung. Dazu folgendes: Der Nachhaltigkeitsfaktor bestimmt, in welcher Höhe die Demographie und Arbeitsmarktlage auf die Rentenhöhe durchzuschlagen oder, anders ausgedrückt, inwiefern die sozio-demographisch bedingten Finanzierungslasten zwischen Rentnern und Erwerbstätigen aufgeteilt werden. Bei der absehbar ungünstigen Veränderung des Rentnerquotienten wird in der Folge das Nominalwachstum der Renten gebremst, da nur noch etwa 99 Prozent des modifizierten Bruttoinlandsproduktes ausgereicht werden. Diese reale Kaufkraftreduktion erfolgt jährlich und hat dauerhaft Bestand, was langfristig dazu führt, daß beispielsweise das Rentenniveau eines 72jahrigen im Jahr 2040 bei nur noch etwa 84 Prozent eines gleichaltrigen heutigen Rentners liegt.

Das bedeutet aber keinesfalls, daß die heutigen Rentnergenerationen durch den Nachhaltigkeitsfaktor ihrer im Erwerbsleben erworbenen Ansprüche beraubt würden. Im Gegenteil, die demographische Entwicklung bedingt erst von 2020 an eine Absenkung der Altersbezugel auf unter 95 Prozent des heutigen Rentenniveaus. Damit bleiben die aktuellen Bestandsrentner

in der Regel von nennenswerten Kürzungen verschont. Für alle zukunftigen Zugangstener wird das Rentenniveau hingegen durch die Einführung des Nachhaltigkeitsfaktors stärker sinken als bislang erwartet. Eine solche Maßnahme ist allerdings für die nachhaltige Finanzierung der Rentenversicherung unumgänglich, denn das gegenwärtige Leistungsniveau der gesetzlichen Rentenversicherung ist angesichts des demographischen Altersungsprozesses schlicht nicht finanzierbar. Ebenso zwingend erforderlich wie die Kürzungen in der umlagefinanzierten Rente ist jedoch eine parallele Ausweitung der kapitalgedeckten privaten Altersvorsorge, um auch in Zukunft ein angemessenes Versorgungsniveau im Alter zu gewährleisten.

Die beiden Vorschläge der Rürup-Kommission sollten als sich ergänzende Bausteine zur Stabilisierung der GRV betrachtet werden und daher in Kombination umgesetzt werden. Dies schafft nicht nur eine Reduktion der Nachhaltigkeitslucke um fast die Hälfte auf 145 Prozent des BIP, sondern bewirkt auch eine breite und generationenübergreifende Lastenverteilung. Damit sind die Vorschläge der Rürup-Kommission zielgerichtet, intergenerativ ausgewogen und schafften im Gegensatz zu allen vorangegangenen Reformbemühungen wirkliche Nachhaltigkeit in der Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung - wenn sie denn eins zu eins umgesetzt würden. Die Bevölkerung muß offen und ehrlich auf schmerzliche Einschnitte bei den Rentenleistungen vorbereitet werden, sie muß auch endlich zu der Erkenntnis gebracht werden, daß ein verlängerter Ruhestand ohne zusätzliche private Vorsorge in Zukunft nicht mehr bezahlbar sein wird.

Von Bernd Raffelhuschchen und Oliver Ehrentraut. Raffelhuschchen ist Mitglied der Rürup-Kommission, Ehrentraut sein wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Finanzwissenschaft, Universität Freiburg. Foto Matthias Lüdecke